



Psychotherapie im Kreuzfeuer! Psychotherapeut:innen wehren sich – für bedarfsgerechte Versorgung!



WARUM protestieren wir?

Erst wurde im März 2026 das Honorar für Psychotherapie um 4,5 % gekürzt. Jetzt wird durch das "GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz" (GKV-BStabG) die ambulante Psychotherapie in Deutschland massiv eingeschränkt.

Was sagt das Gesetz?

- Förderungen, die die Versorgung verbessern sollten, werden abgeschafft (Vermittlungs-Zuschläge, Kurzzeittherapie-Zuschläge).
- Es wird eine Ausgabendeckelung („Budgetierung“) eingeführt – aus einem begrenzten Topf müssen alle erbrachten Leistungen bezahlt werden. Je mehr gearbeitet wird, desto weniger wird je Leistung gezahlt, um innerhalb des Budgets zu bleiben.
- Auch bei zunehmendem Therapiebedarf dürfen die Gesamtausgaben nicht stärker steigen als der Durchschnittslohn der Beitragszahlenden.
- 5 Tage vor Verabschiedung des Gesetzes wird mittels Änderungsantrag zusätzlich der bislang geltende, sozialgerichtlich verankerte Schutz einer angemessenen Mindestvergütung für psychotherapeutische Leistungen gestrichen.
- Ein Entschließungsantrag sieht Ausnahmen von der Budgetierung vor, stellt aber lediglich eine nicht rechtlich bindende Absichtserklärung dar.

Was sind die Konsequenzen?

- Die Budgetierung bedeutet, dass geleistete Arbeit nicht mehr fair bezahlt wird.
- Vor Verabschiedung des GKV-BStabG werden in einer Praxis durchschnittlich 23 – 27 Patient:innen pro Woche behandelt. Nach Verabschiedung des Gesetzes wird bei den meisten Psychotherapeut:innen die Arbeit ab der 18. Stunde womöglich nicht mehr bzw. deutlich schlechter bezahlt. Die genaue Umsetzung des Gesetzes ist unklar und wird je nach Region unterschiedlich ausfallen. Ohne gesetzlich zugesicherte angemessene Mindestvergütung sind weitere beliebige Honorarkürzungen möglich.
- Psychotherapeut:innen müssen wirtschaftlich denken. Eine Praxis, die sich mit 27 Patient:innenstunden pro Woche trägt, kann mit 18 Stunden nicht mehr die Miete bezahlen, Kredite bedienen, etc.
- Als Konsequenz muss das fehlende Geld anders eingenommen werden. Psychotherapeut:innen sind gezwungen, auf Selbstzahlende, Privatpatient:innen, Coaching auszuweichen oder (teils therapiefremde) Nebenjobs anzunehmen. Praxen werden schließen müssen, da sie sich nicht mehr finanzieren können.
- Nach ersten Berechnungen werden 25 – 40 % der Therapieplätze, die GKV-Patient:innen bisher zur Verfügung standen, verloren gehen. Das sind mehr als eine halbe Million Therapieplätze, die ersatzlos wegfallen.
- Die bisher verfügbaren Therapieplätze waren noch nie genug, um den Bedarf abzudecken! Mit weniger Therapieplätzen werden die ohnehin schon langen Wartezeiten noch länger. Krankheiten chronifizieren, Probleme werden größer. Leiden nimmt zu. Behandlung wird schwerer und langwieriger. Kosten steigen aufgrund von Krankschreibungen, Schulabbrüchen, Frühberentung, Klinikaufenthalten, Folgeschäden.
- Jeder Euro, der in ambulante Psychotherapie investiert wird, bringt der Gesellschaft einen Ertrag von (je nach Studie) 1,5 – 5,5 Euro durch eingesparte Folgekosten. An der falschen Stelle zu sparen, bedeutet, dass dieser Gewinn der Gesellschaft verloren geht.



Psychotherapie im Kreuzfeuer! Psychotherapeut:innen wehren sich – für bedarfsgerechte Versorgung!



WARUM protestieren wir?

Erst wurde im März 2026 das Honorar für Psychotherapie um 4,5 % gekürzt. Jetzt wird durch das "GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz" (GKV-BStabG) die ambulante Psychotherapie in Deutschland massiv eingeschränkt.

Was fordern wir?

- Honorarkürzungen zurücknehmen – Versorgung darf nicht kaputt gespart werden!
- Budgetierung verhindern – ohne Planungssicherheit sterben Praxen und mit ihnen Therapieplätze!
- Zusätzliche Kassensitze schaffen – für bedarfsgerechte Versorgung!
- Therapiequalität schützen – Behandlung durch gut ausgebildete Menschen statt Ersatz durch Apps, KI oder Wochenend-Coaches!
- Psychotherapeutische Aus- und Weiterbildung transparent finanzieren – ohne Nachwuchs keine Versorgung!
- Nachbesserung des Gesetzes – bedarfsgerechter Zugang zu Psychotherapie muss erhalten bleiben!

Wie können wir unterstützt werden?



- Sich und andere informieren: Mit Freund:innen, Familie, Bekannten über den Angriff auf die ambulante Psychotherapie sprechen, Infomaterial, Links und Beiträge teilen. Mehr Infos, Quellen und Material gibt es auf unserer Homepage.
- Lokale Politiker:innen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete kontaktieren: Verhinderung der Budgetierung fordern und deutlich machen, dass das Thema den Wähler:innen wichtig ist. Bürgersprechstunden, Wahlkampfstände etc. nutzen.
- Leserbrief an die Presse: Evtl. auch von eigenen oder familiären Erfahrungen rund um Therapie, Therapieplatzsuche etc. berichten.
- Vereinsmitglied werden: Auch Nicht-Psychotherapeut:innen sind herzlich willkommen! Vereinsmitgliedschaften halten unseren Protest am Leben – je mehr Mitglieder, um so besser können wir Widerstand leisten.

HIER Mitglied werden:



Mehr Infos?

<https://aktionsbueundnis-psychotherapie.info/>

Selbst betroffen und in Not? Telefonseelsorge: 116 123